



Frau
Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

Mag. WOLFGANG SOBOTKA
HERRENGASSE 7
1010 WIEN
TEL +43-1 53126-2352
FAX +43-1 53126-2191
ministerbüro@bmi.gv.at

GZ: BMI-LR2220/1069-III/5/2016

Wien, am 21. Dezember 2016

Der Abgeordnete zum Nationalrat Nikolaus Scherak, Kollegin und Kollegen haben am 3. November 2016 unter der Zahl 10659/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Rückführungsabkommen“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu Frage 1:

Im Jahr 2015 fanden insgesamt 8.355 Außerlandesbringungen statt.

- a. Entsprechende Statistiken werden nicht geführt.
- b. Die Top 10 Herkunftsstaaten bei Außerlandesbringungen 2015 waren folgende:

TOP 10 Herkunftsstaaten	
Kosovo	1.587
Irak	773
Serbien	640
Russische Föderation	600
Rumänien	549
Afghanistan	439
Ungarn	335
Slowakei	310
Nigeria	256
Mazedonien	252
Top 10 Gesamt	5.741
<i>Rest</i>	2.614
Gesamt	8.355

Zu Frage 2:

Mit Stichtag 31. Oktober 2016 fanden im Jahr 2016 insgesamt 8.709 Außerlandesbringungen statt.

- Entsprechende Statistiken werden nicht geführt.
- Die Top 10 Herkunftsstaaten bei Außerlandesbringungen 2016 waren folgende:

TOP 10 Herkunftsstaaten	
Irak	1.409
Afghanistan	954
Iran	606
Serbien	509
Rumänien	496
Nigeria	488
Russische Föderation	414
Ungarn	380
Slowakei	312
Kosovo	308
Top Ten	5.876
<i>Rest</i>	2.833
Gesamt	8.709

Zu Frage 3:

Mit Stichtag 31. Oktober 2016 befinden sich insgesamt 169 geduldete Personen in Grundversorgung. Eine statistische Auflistung nach Duldungsgrund wird nicht geführt.

- a. Die geduldeten Personen kommen auf folgenden Herkunftsstaaten:

Herkunftsstaat	Geduldete
Afghanistan	12
Albanien	1
Algerien	14
Angola	1
Armenien	18
Aserbaidschan	4
Bangladesch	7
Benin	1
Bosnien und Herzegowina	1
China	2
Gambia	3
Georgien	6
Guinea	2
Guinea-Bissau	1
Indien	2
Irak	2
Iran, Islamische Republik	1
Kamerun	1
Kirgisistan	4
Kongo, Demokratische Republik	1
Kosovo	11
Mali	1
Marokko	5
Mongolei	2
Nepal	1
Nigeria	10
Pakistan	2
Ruanda	3
Russische Föderation	25
Senegal	2
Serbien	6

Sierra Leone	6
Simbabwe	1
staatenlos	5
Sudan	1
Türkei	3
ungeklärt	1
Gesamtergebnis	169

b. Auf bilateraler Ebene bestehen Mandate zu Verhandlungen über Rückübernahmeabkommen mit Gambia und der Mongolei sowie über ein Durchführungsprotokoll zum bestehenden EU-Rückübernahmeabkommen mit der Türkei.

Derzeit bestehen Mandate des Rates zu Verhandlungen der Europäischen Kommission von Rückübernahmeabkommen der Europäischen Union mit folgenden Drittstaaten: Algerien, Belarus, China, Marokko, Tunesien, Jordanien und Nigeria.

Darüber hinaus finden mit den betroffenen Staaten laufend Gespräche zu einer Verbesserung der praktischen Zusammenarbeit im Rückübernahmebereich statt.

Es ist darauf hinzuweisen, dass bei Bestehen eines Verhandlungsmandates für ein EU-Rückübernahmeabkommen auf EU-Ebene keine bilateralen Verhandlungen zu einem Rückübernahmeabkommen parallel geführt werden dürfen. Das Bundesamt prüft daher regelmäßig in enger Abstimmung mit dem Bundesministerium für Inneres mit welchen Staaten Verhandlungen über die EU-Mandate hinausgehend von Interesse wären bzw. allgemein die Zusammenarbeit mit den relevanten Herkunftsstaaten intensiviert werden kann.

Österreich setzt sich auf allen Ebenen für eine Rückmeldung des Verhandlungspartners sowie auch die Europäische Kommission intensiv für einen möglichst raschen Abschluss von Rückübernahmeabkommen ein. Eine seriöse Schätzung hinsichtlich des Zeitraums ist nicht möglich.

Zu Frage 4:

Das Innen- und Außenministerium stimmen sich regelmäßig bezüglich der Verhandlungen von Rückübernahmeabkommen ab.

- a.** Das Innenministerium ist als zuständiges Fachministerium in die Verhandlungen mit Drittstaaten inhaltlich eingebunden.

Es ist anzumerken, dass bei unkooperativen diplomatischen Vertretungen (Botschaften) in Österreich bzw. unkooperativen Drittstaaten die Möglichkeiten des Innenministeriums beschränkt sind und vom Einsatz diverser diplomatischer bzw. außenpolitischer Maßnahmen durch das BMEIA bzw. Aktivitäten und dem Fortschritt auf europäischer Ebene abhängig sind.

Mag. Wolfgang Sobotka

